Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechenden Zuschlägen. Die den Lesern von Dresden und Umgegend am Tage vorher zugehenden Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck aller Artikel und Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38/40.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Kotillon- Tafellieder-Enveloppen • Zigarren-Etuis Tafeldekorationen • Knallbonbons für = Hochzeits- u. Familienfestlichkeiten
Fabrik und Lager. Oscar Fischer. 21 Am See 21.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pfg., Familiennachrichten 20 Pfg.; Geschäftsanzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg.; als Eingesandt 2spaltige Zeile von Dresdner Auftraggebern 75 Pfg., von auswärtigen 1 Mk. Im Nachtrag nach Sonn- und Feiertagen: 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile als Eingesandt von Dresdner Auftraggebern 1 Mk., von auswärtigen 1.50 Mk. Familiennachrichten Grundzeile 25 Pfg. — Die Preise der Inserate sind im Morgen- und Abendblatte dieselben. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Techn. Gummiwaren
für alle Arten Betriebe.
Dichtungen, Gasbeutel, Schläuche, Transportmäntel etc. etc.
Reinhardt Leupolt, Gummiwarenfabrik,
Dresden-A., Wettinerstrasse 26. Telephon 289.

Kinder bekommen es nie überdrüssig. **Cacaol** Das Beste für den Magen. In allen einschlägigen Geschäften zu haben.

Raucht PATENT STROHMUNDSTÜCK CIGARETTE von 3 Pfg. an
Egyptian Cigarette Company
Cairo. — Berlin W. 64. — Frankfurt a./M.
Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Medaille in Silber, Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Oster-Geschenke in künstlerischer Ausführung. **Bernhard Schäfer** Prager Strasse 7 **Konfirmations-Geschenke.**

Nr. 78. Spiegel: Der Ministermord in Bulgarien. Hofnachrichten, Nationalkl. Landesverein, Laien als Richter, Ev. Arbeiter u. Gewerkschaften. Der Kaiser i. d. amerik. Botschaft. Kirchenkonzerte. Grubenkatastrophe. | Mutmaßl. Witterung: Mild, veränderlich | **Dienstag, 19. März 1907.**

Der Ministermord in Bulgarien

lenkt wieder einmal die allgemeine Aufmerksamkeit zu jenen interessanten Ländchen auf dem Balkan hin, die aus ewigen Unruhen nicht herauskommen und denen Minister- oder Fürstenmorde leider keine ganz ungewohnten Vorkommnisse sind. Besonders in Serbien und Bulgarien gingen die Wogen politischer Erregung letzthin sehr hoch, und Leute, die es wissen können, behaupten, daß in beiden Staaten eine allgemeine Gärung herrsche, die unter Umständen zu offener Revolution führen könne. Wie seinerzeit der serbische Königsmord einem grellen Blitze gleich die Situation beleuchtete und allen von Belgrad aus betriebenen Schönfärbereien ein jähes Ende bereitete, so zeigt die ruchlose Ermordung des bulgarischen Ministerpräsidenten Petkow, daß Bulgarien sich gegenwärtig in einer schweren inneren Krise befindet. Man hat zwar versucht, das verhängnisvolle Attentat lediglich als einen persönlichen, privaten Racheakt hinzustellen, aber kein Geringerer als Fürst Ferdinand von Bulgarien selber hat diesem Gerede ein Ende gemacht, indem er offen und ehrlich seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck verliehen hat, daß die Ermordung Petkows einen hochernsten politischen Hintergrund habe. Wie gefahrdrohend die Verhältnisse in Sofia liegen müssen, zeigt allein die auffallende Erscheinung, daß Fürst Ferdinand seine Ankunft in der Landeshauptstadt absichtlich so lange verzögerte, bis sich das Grab über der sterblichen Hülle seines ersten Ratgebers geschlossen hatte. Sicher ist es ihm ein Herzensbedürfnis gewesen, dem Manne das letzte Ehrengeleit zu geben, der für Fürst und Vaterland auf so tragische Weise sein Leben lassen mußte, aber anscheinend lauteten die Nachrichten aus Sofia so ungünstig, daß Fürst Ferdinand bei der Begräbnisfeier Demonstrationen gegen sich selbst fürchtete. Ist doch durch die Untersuchung erwiesen, daß in den bulgarischen Studentenkonventikeln nicht nur die Ermordung der Minister geplant, sondern auch die des Landesherrn ganz offen besprochen wurde. Die pessimistische Stimmung des Fürsten Ferdinand ist also wohl begreiflich, und in seiner Audienz beim greisen Kaiser Franz Joseph in Wien soll er gutem Vernehmen nach aus seinem Herzen kein Hehl gemacht und sogar angedeutet haben, eventuell überhaupt nicht mehr nach Bulgarien zurückkehren zu wollen. Das wird hoffentlich nur der Ausfluß einer vorübergehenden Stimmung sein, denn Fürst Ferdinand schaut in kurzem auf eine zwanzigjährige Regierungszeit in Bulgarien zurück, die dem Lande zu Heil und Segen ausgeschlagen ist. Wenn er nun auch als schlimmen Lohn für seine aufreibende und mühevolle Arbeit am Bulgarenlande die persönliche Unsicherheit für sich und seine Minister geerntet hat, so muß Fürst Ferdinand um der guten Sache willen dennoch ausharren, wie man es von jedem deutschen Prinzen erwartet und stände er auf dem schwierigsten Posten der Welt.

Was die näheren Umstände des politischen Mordes in Bulgarien angeht, so spielen da mehrere Motive hinein. Der ermordete Minister war ein energischer und darum gut gehaßter Mann: er hatte unter den jungen unreifen Akademikern und auch unter den Eisenbahnern besonders viele Feinde. Petkow war allezeit darauf bedacht, die Interessen seines Vaterlandes wahrzunehmen und das Ansehen des Fürsten Ferdinand zu stärken. Er griff mit starker Hand überall ein, wo er Gefahren im Anzuge sah: seine scharfen Maßregeln gegen die sozialistischen und anarchischen Umtriebe an der Sofioter Universität sind noch frisch im Gedächtnis. Es war nicht das geringste Verdienst Petkows, diese sittlich halb verwahrlosten Studentenjünglinge, von denen die meisten kaum das 20. Lebensjahr erreicht hatten, gezügelt zu haben, denn diese unruhigen Elemente wollten — irregeleitet von fanatischen Politikern und Publizisten — der bulgarischen Regierung vorschreiben, was zu tun wäre, um das Staatsschiff in „echt liberalem und demokratischem Geist" zu lenken. Als die Hochschüler bei Eröffnung des bulgarischen Nationaltheaters in Sofia eine fürsten- und regierungsfeindliche Kundgebung veranstalteten, griff der Ministerpräsident mit eiserner Faust durch: die Universität wurde geschlossen, die Professoren entlassen, ein Teil der Studenten wurde verhaftet und relegiert, ein anderer in die Heimatgemeinden abgeschoben oder ins Militär gesteckt. Die gleiche Strenge zeigte Petkow beim Ausstand der bulgarischen Eisenbahner, und ihm allein war es zu danken, daß der Streik nach kaum sechswöchiger Dauer mit einer völligen Niederlage der Eisenbahnangestellten endete. Da Fürst Ferdinand in der bulgarischen Presse zum Teil den lügnerischsten und frechsten Angriffen preisgegeben war, setzte der verblichene Ministerpräsident in der Sobranje eine Novelle zum Majestätsbeleidigungsgesetz durch, die alle Schmähungen des Landesherrn unter gebührende Strafe stellte. Außerdem war Petkow bei den Komitatschis überaus verhaßt, denn er verstand es mit seiner eisernen Strenge, das bulgarisch-makedonische Bandenwesen in den gebotenen Grenzen zu halten, und wenn der alte Hexenkessel in Makedonien in letzter Zeit nicht mehr so unheimlich brodelte, wie früher, so ist das nicht nur der systematischen Reformarbeit der Großmächte, sondern ebenso der loyalen Haltung der bulgarischen Regierung zu danken, die auch in Konstantinopel volles Vertrauen genoß, obwohl es hin und wieder zu Reibungen kam, die sich aber bei einer derartig gespannten Lage, wie sie auf dem Balkan herrscht, selbst beim besten Willen nicht immer vermeiden lassen.

Die innerpolitische Lage in Bulgarien war nach alledem auf das äußerste gespannt, und in der Volksvertretung wurden seitens der Opposition so wilde Drohungen gegen den Ministerpräsidenten und den Fürsten Ferdinand laut, daß Petkow eines Tages kalt lächelnd erklärte, ihm persönlich wäre es ganz gleichgültig, ob er eines natürlichen oder gewaltsamen Todes sterbe. Dies Wort charakterisiert gleichzeitig die unerschütterlich feste Art des ermordeten Ministerpräsidenten, der in mehr als einer Beziehung der beste Schüler und Freund Stambulows war. Jetzt ist er auch ebenso geendet wie sein großer Meister: durch Bubenhand. Petkow ist der dritte der ermordeten bulgarischen Staatsmänner, Stambulow und Beltschew sind ihm vorangegangen. Es muß ein ergreifender Augenblick gewesen sein, als Fürst Ferdinand vorgestern das Grab seines Ministerpräsidenten besuchte, auf das er eigenhändig Blumen pflanzte, und sodann im Gebete an den benachbarten Gräbern Stambulows und Beltschews verweilte. . . . Welche Gedanken mögen ihn bewegt haben, ihn, den morgen dasselbe Schicksal treffen kann?! Aber der lebendige Tag fordert seine Rechte, und Fürst Ferdinand hat dem Rechnung getragen, indem er bereits das vollständige neue Ministerium ernannt hat, mit Gudew an der Spitze. Der neue Kabinettschef hat über seine nächsten Absichten folgendes geäußert: „Wir werden die Politik Petkows fortsetzen. Außerdem werden wir aber noch in dieser Session der Sobranje Vorschläge machen über eine Reorganisation der Polizei im Sinne einer besseren Aufsicht der umstürzlerischen Elemente, sowie einer Umgestaltung des Preßgesetzes zum Schutze der Minister gegen ehrenrührige Angriffe und Aufreizungen gegen die Sicherheit ihrer Person." Falls dies gelingen sollte, wäre für die innere Ruhe Bulgariens viel gewonnen, denn der jetzige Zustand ist einfach unhaltbar und eine Gefahr für den sicheren Bestand und gesunden Fortschritt des Landes. Angesichts des jüngsten Ministermordes darf man wohl hoffen, daß der loyale Sinn des bulgarischen Volkes, der sich schon größeren Gefahren gegenüber bewährt hat, auch diesmal nicht versagen wird, wo es gilt, die Regierung in ihren Bemühungen zu unterstützen, Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten und jedem verbrecherischen Treiben Einhalt zu tun. Uebrigens nimmt man allgemein an, daß das neue Ministerium nach Erledigung seiner Aufgaben abtreten wird, weil angeblich ein Systemwechsel in der bulgarischen Politik beabsichtigt sein soll. Wir stehen dieser Vermutung sehr skeptisch gegenüber, denn für den Kenner der Verhältnisse ist nicht abzusehen, nach welcher Richtung hin dieser Systemwechsel vor sich gehen soll. Es gilt in Bulgarien nach wie vor, die Staatsordnung und die Finanzen zu konsolidieren und alle Unruhestifter, die das Fürstentum in unberechenbare makedonische Abenteuer und damit in einen Krieg gegen die Türkei verwickeln wollen, energisch unschädlich zu machen. Fürst Ferdinand hat gewiß recht, wenn er es als furchtbar schwer bezeichnete, den Wünschen der am Balkan interessierten Großmächte und denen der bulgarischen Bevölkerung bezüglich Makedoniens in gleicher Weise Rechnung zu tragen, aber er wird trotz der Unzufriedenheit mancher seiner Untertanen nicht umhin können, eine Politik weiter zu befolgen, die dem Friedensbedürfnis Europas entspricht, das von einer Aufrollung der makedonischen Frage heute weniger denn je wissen will.

Neueste Drahtmeldungen vom 18. März.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Gesetzentwurf betr. Vornahme einer Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907 wird in dritter Lesung genehmigt, und zwar unter Annahme eines konservativen Antrags auf Einfügung der Frage nach der Religion in den Fragebogen. Der Präsident des Statistischen Amtes v. d. Borght hatte sich gegen diesen Antrag erklärt, da ein besonderes Ergebnis aus einer solchen Fragestellung doch nicht zu erzielen sei, und da der Fragebogen ohnehin schon mit Fragen überlastet sei. — Es folgt die zweite Beratung des Not-Etats für die Monate April und Mai. — Die Budgetkommission empfiehlt dessen Annahme mit folgenden drei Aenderungen: 1. ist bei den einmaligen Ausgaben des Postetats der Titel für Erwerbung eines Grundstücks in der Französischen Straße in Berlin gestrichen worden; 2. ist gestrichen worden der Betrag zur Gewährung außerordentlicher einmaliger Beihilfen an die gering besoldeten Unterbeamten des Reichsdienstes. Dafür schlägt die Kommission, welche die betreffenden Beihilfen für zu niedrig erachtet hatte, eine Resolution vor betr. Einstellung wesentlich höherer Beihilfen (100 Mk. für die Unterbeamten, sowie 150 Mk. für alle übrigen Beamten mit höchstens 4200 Mk. Gehalt) in den Etat bei der dritten Lesung. Die Regierung wird ersucht, bis dahin ihr Einverständnis auszusprechen; 3. ist der Anleihekredit von 200 auf 150 Millionen herabgesetzt worden. Die Beratung erstreckt sich zunächst auf die sämtlichen, im Wege des Not-Etats zu genehmigenden Summen, mit Ausnahme des die Unterbeamten betreffenden Titels. Dem Abg. Singer (Soz.), der die Streichung der Forderung für das Postgebäude in der Französischen Straße zu Berlin befürwortet, erwidert Staatssekretär Kraette: Es liegt eine dringende Notwendigkeit vor, das hat die Kommission anerkannt und selbst Herr Singer hat es als wünschenswert bezeichnet, daß die betreffenden Aemter in andere Räume kommen. Sie wollen immer, wir sollen für die Beamten sorgen, und wenn ich nun dafür sorgen will, daß die Beamten aus den jetzigen schlechten Räumen herauskommen, dann sagen Sie nein. Das Grundstück mag teuer sein, aber ein billigeres ist in der Gegend nicht zu erhalten. Aus den alten gemieteten Räumen müssen wir überdies heraus, denn die Häuser sind bereits auf Abbruch verkauft. — Abg. Dr. Arendt (Reichsp.) befürwortet nun die Forderung. Warte man länger, so werde sich der Preis noch teurer stellen. Schließlich wird die Forderung aber abgelehnt. Dann wird beraten über die einmaligen Beihilfen an Unterbeamte (30 resp. 50 Mark). — Abg. Wiemer berichtet als Referent, daß die von der Regierung beabsichtigten Beihilfen ihrer Niedrigkeit wegen auf die Kommission bisher den Eindruck eines Trinkgeldes gemacht hätte". — Abg. Speck (Zentrum) befürwortet einen Antrag seiner Partei, den von der Kommission gestrichenen Titel für Beihilfen wieder in den Notetat einzufügen, aber mit der Maßgabe, daß die Beihilfen für Unterbeamte 100 Mark, für mittlere Beamte, soweit ihr Gehalt 3000 Mark nicht übersteigt, 150 Mark betragen soll. Die Mehrausgabe, die vom Staatssekretär auf 20 Millionen geschätzt sei, werde tatsächlich 17 Millionen nicht übersteigen, sondern sogar noch dahinter zurückbleiben, da die Beihilfen unterbleiben sollen, insoweit für die Betreffenden schon im ordentlichen oder im Ergänzungsetat für 1907 Gehaltsaufbesserungen vorgesehen seien. — Staatssekretär Freiherr v. Stengel: Die verbündeten Regierungen erkennen durchaus die Notlage der Unterbeamten an. Sie haben sich selbst anfänglich mit der Absicht der Gewährung höherer Beihilfen getragen, darauf aber nun verzichtet wegen der Unklarheit in unserer finanziellen Entwicklung, namentlich in bezug auf die neuen Steuern und Zölle. Der Zentrumsantrag würde tatsächlich nicht 13 bis 15 Millionen, sondern 20 Millionen erfordern. Der Vorredner vergaß bei seiner Berechnung die Diätare. Wenn sich das Haus auf den Wunsch möglichst baldiger und möglichst ausgiebiger Unterstützung der Beamten beschränken wollte, so würden die verbündeten Regierungen ihre Bedenken zurückstellen. Die Rechtsfrage will ich beiseite lassen, aber das muß ich doch sagen: Monate lang arbeiten wir an dem Ausgleiche zwischen Einnahmen und Ausgaben, aber was nützt uns dann die ganze Arbeit, wenn der Reichstag alles über den Haufen wirft und ungezählte Millionen bewilligt. Der Zentrumsantrag mit seinem „können" enthält zwar nur eine Ermächtigung, aber ich möchte den Staatssekretär sehen, der angesichts einer solchen „Ermächtigung" es über sich gewänne, davon keinen Gebrauch zu machen, wenn die Beamten mit ihren Wünschen herantreten. Wenn Sie eine solche Bestimmung, wie der Zentrumsantrag sie will, in den Gesetzentwurf aufnehmen, ist dieser für die verbündeten Regierungen unannehmbar. Einen Weg zur Verständigung aber bietet die Resolution. Der Reichskanzler ergreift gern die Hand zur Verständigung, die ihm die Mehrheitsparteien mit dieser Resolution bieten, der Reichskanzler ist bereit, auf den Boden der Resolution zu treten und wird bemüht sein, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln bei den verbündeten Regierungen die baldige Vorlage eines entsprechenden Ergänzungs-Etats zu erwirken. Er ist entschlossen, die Frage einer ausgiebigen Gehaltsaufbesserung, sowie die Regelung des Wohnungsgeldes 1908 in Angriff zu nehmen, eine solche Vorlage den Regierungen zugehen zu lassen und sie nachdrücklich bei den Regierungen zu vertreten. (Beifall.) Andererseits gibt er sich der Erwartung hin, daß es gelingen werde, auch die Deckungsfrage einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen. (Heiterkeit.) — Abgg. Beck-Heidelberg und Richthofen (kons.) begrüßten die entgegenkommende Erklärung der verbündeten Regierungen mit Freuden. Ersterer meint, den Wechsel, den der Reichskanzler akzeptiert habe, werde er noch in diesem Jahre einlösen müssen. Dafür würden die Mehrheitsparteien schon sorgen. — Abg. Singer (Soz.) beansprucht für den Reichstag das Recht, im Etat auch Erhöhungen vorzunehmen. Angesichts der Erklärungen des Schatzsekretärs, die dieser im Namen des Reichskanzlers abgegeben, würden seine Freunde aber nunmehr statt für den Zentrumsantrag für die Resolution

Trinket „Adriaglut"-Blutwein!
Anerkannt bester süsser Kraft-Rotwein